

DURCHGESEHEN:

Sili

2810

*23Frau Schilling (GRÜNE):

*33Ich möchte zunächst verschieden^en Leuten hier etwas geben, was ich für sehr wichtig halte, damit Sie nicht sagen können, Sie hätten nichts gewußt.....

*11(Koch (CDU): Welche Leute denn?)

*33- Das werden Sie gleich sehen.

*33Ich habe hier drei Exemplare eines Buches mit dem Titel "Stationierung und Grundgesetz". Je ein Exemplar möchte ich zunächst Herrn Börner und dann Herrn Milde stellvertretend für seine Fraktion und Herrn Winterstein stellvertretend für seine Fraktion geben. Ich hoffe auf rege Ausleihe oder daß weitere Exemplare des Buches vielleicht angeschafft werden und daß darin gelesen wird, worum es geht. Ich halte es für wichtig. Denn es wäre gut, wenn Sie lesen würden, worum es geht.

*11(Beifall bei den GRÜNEN - Koch (CDU): Jetzt fängt sie schon wieder an! Was soll das denn? - Frau Abg. Schilling überreicht Ministerpräsident Börner, dem Abg. Milde und dem Abg. Winterstein je ein Exemplar des Buches "Stationierung und Grundgesetz" - Beifall bei den GRÜNEN - Koch (CDU): Können Sie diese Schulmanieren nicht aufgeben?)

2811

*23Vizepräsident Stöckl:

*33Frau Abgeordnete, Sie haben zunächst das Wort. Für die Verteilung von Büchern stehen uns Mitarbeiter zur Verfügung.

*11(Allgemeine Heiterkeit)

*33- Das kann man ja wohl noch selber machen!

*33Ich möchte mit einem Gedicht von Regina Maria Les^{eshel}hel
aus ihren "Gedichten für den Frieden" anfangen:

(Schilling)

2901

*33Das Gedicht heißt: Rückgratkrebs.

*11Die Elite der Nation schweigt und wird befördert.

*69Die Elite der Nation schweigt und erhält einen Ruf.

*69Die Elite der Nation schweigt und darf auf die Bermudas fliegen.

*69Die Elite der Nation schweigt und zieht in die Villen am Stadtrand ein.

*69Die Elite der Nation schweigt, hat Angst vor dem Rausschmiß.

*69Die Elite der Nation hat Angst vor dem Atomtod.

*69Die Elite der Nation hat Rückgratkrebs, so oder so.)

*69Dennoch, deshalb schweigt sie weiter, die Elite,

*69ganz so wie ehemals schweigt sie auch heute*70.

*11(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

*33Ich möchte jetzt etwas zu den beiden Anträgen sagen. Wir haben unseren Antrag gestellt, weil wir der Meinung sind, daß hier ganz klar von seiten Hessens aus vorgegangen werden

(Schilling)

2902

kann, was die Ablehnung der Stationierung von Mittelstreckenraketen, also letztlich von A-, B- und C-Waffen angeht. Wir möchten vorschlagen, da auch noch ein Antrag der Fraktion der SPD vorliegt, den Text dieses Antrages unverändert unserem Antrag anzufügen. Sollte dieser Vorschlag nicht angenommen werden, regen wir an, den Antrag der Fraktion der SPD in einigen Punkten zu ändern; denn unserer Meinung nach läßt der SPD-Antrag wesentliche wichtige Aspekte weg. Ich möchte diese ganz kurz benennen.

*33Unter Punkt 1 muß es statt "Der Hessische Landtag erwartet von den politisch Verantwortlichen" - das sind eben auch wir - heißen: "Der Hessische Landtag fordert von den politisch Verantwortlichen". Wir fordern es praktisch von uns selbst, wir erwarten es nicht nur.

*33Weiter müßte es unter Punkt 1 statt "mit allen zur Verfügung stehenden politischen Möglichkeiten" heißen: "mit allen zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Möglichkeiten". Dieser Passus steht in der zweiten Zeile des Punktes 1. Am Schluß des Punktes 1 muß es heißen: "dafür einzusetzen, daß weder in Hessen noch in der Bundesrepublik neue Mittelstreckenraketen stationiert werden".

*33Ich komme zu Punkt 2 des SPD-Antrags. Im zweiten Satz müßte es nach unserer Meinung heißen: "Die Produktion und Lagerung von atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen in Hessen werden abgelehnt." In dem Text fehlt das Wort "atomaren". Gerade auch um die atomaren Mittelstreckenraketen

(Schilling)

2903

geht es aber bei der Stationierung.

*33Nach dem letzten Wort des Punktes 2 sollte angefügt werden: "und Schritte zu deren Vernichtung eingeleitet".

*33Ich komme zu Punkt 4 des SPD-Antrags. Hier müßte im zweiten Absatz das Wort "empfiehlt" durch das Wort "fordert" ersetzt werden. In der zweiten Zeile des zweiten Absatzes des Punktes 4 ist von A-Waffen die Rede. Hier müßte es wiederum heißen: "A-, B- und C-Waffen".

*33Das sind unsere beiden Vorschläge. Ich würde dann gern etwas darüber hören, wie sich die beiden anderen Fraktionen dazu stellen.

*33Ich möchte jetzt begründen, warum wir ~~diesen~~ unseren Antrag eingebracht haben, und warum es auch wichtig ist, daß in Hessen hierzu eine ganz klare Meinung vorliegt. Wir sind der Meinung, daß allein im Grundgesetz und in der hessischen Verfassung genügend Möglichkeiten aufgetan werden, sich hier ganz klar zu äußern, so daß nicht die Ausrede gelten kann, die immer wieder vorgebracht wird: Das Land Hessen verläßt sich hier auf den Bund; der Bund wird es schon machen - aber der Bund macht eben auch nichts. Ich finde, es ist eine Verpflichtung von Ihnen, Herr Börner, von uns allen, sich hierum zu kümmern. Das sagt die Verfassung auch ganz klar.

*33Ich möchte zunächst aus der Verfassung des Landes Hessen zitieren. Art. 42:

(Schilling)

2904

*11Nach Maßgabe besonderer Gesetze ist der Großgrundbesitz, der nach geschichtlicher Erfahrung die Gefahr politischen Mißbrauchs oder der Begünstigung militaristischer Bestrebungen in sich birgt, im Rahmen einer Bodenreform einzuziehen.

*33Das war Abs. 1. Abs. 4 des gleichen Artikels lautet:

*11Grundbesitz, den sein Eigentümer einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung entzieht, kann nach näherer gesetzlicher Bestimmung eingezogen werden.

*33So steht es zunächst einmal da.

*11(Meister (CDU): Die Todesstrafe steht auch in der Verfassung!)

*33Art. 67:

*11Die Regeln des Völkerrechts sind bindende Bestandteile des Landesrechts, ohne daß es ihrer ausdrücklichen Umformung in Landesrecht bedarf. Kein Gesetz ist gültig, das mit solchen Regeln oder mit einem Staatsvertrag in Widerspruch steht.

*33Art. 69:

(Schilling)

2905

*11Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und
Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.

*69Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird,
einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.

*33Das steht in der hessischen Verfassung.

*11(Greiff (CDU): Was sagt denn der Herr Ghaddafi dazu?)

*33Im Grundgesetz steht folgendes, und zwar im Art. 2 Abs. 2:

*11Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.
Die Freiheit der Person ist unverletzlich ...

*33Art. 14 Abs. 2:

*11Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem
Wohle der Allgemeinheit dienen.

*33Art. 26 Abs. 1 und 2:

*11Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen
werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören,
insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten,
sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(Schilling)

2906

*69 Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden ...

*33 Art. 80 a des Strafgesetzbuches steht damit im Zusammenhang. Die GRÜNEN haben die Bundesregierung 1981 wegen der Vorbereitung eines Angriffskrieges angeklagt. Das liegt auf der Linie; wir sprechen und handeln hier konsequent weiter dazu.

11 (Nolte (CDU): Was sagt die libische Verfassung?)

*33 Ich möchte jetzt einige Punkte zitieren, die als rechtliche Begründung für unseren Antrag dienen, um ganz klarzumachen, daß sowohl die Gemeinden als auch das Land Hessen als auch die Bundesrepublik hier sehr wohl ein Recht haben, sich hierzu zu äußern, und daß dazu auch rechtliche Möglichkeiten geschaffen worden sind. Es ist nicht so, wie immer lapidar behauptet wird und wie immer kategorisch als Antwort gesagt wird: Die Gemeinden können doch nichts tun, das Land Hessen hat damit auch nichts zu tun, und die Bundesrepublik kann auch nichts sagen, wenn die Amerikaner etwas anderes wollen. Das stimmt ganz einfach nicht. Das kann man nachlesen. Deswegen möchte ich das hier einmal vortragen.

*33 Zum Beispiel kommt der Rechtswissenschaftler Prof. Däubler ^{✓ 2}
- von ihm stammt das Buch, das ich Ihnen gegeben habe - nach seiner rechtlichen Prüfung zu folgenden Ergebnissen:

(Schilling)

2907

*11¹¹Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen und chemischen Kampfstoffen verstößt gegen das Kriegsvölkerrecht. Als Vorbereitungshandlung verboten ist deshalb auch die Stationierung solcher Waffen, die nach der ausdrücklich verlautbarten Militärplanung oder nach ihren technischen Eigenschaften für einen Ersteinsatz bestimmt sind. Dies trifft für Pershing II und Cruise Missiles, aber auch für chemische Kampfstoffe zu. Bei bakteriologischen Waffen ist darüber hinaus auch die Herstellung, für die meisten Länder auch der Erwerb verboten."

*33Weiter heißt es dann:

*11¹¹Neue Waffensysteme wie Pershing II und Cruise Missiles sowie chemische Kampfstoffe können nur mit Zustimmung der Bundesrepublik stationiert werden. Die Souveränität unseres Landes ist insoweit nicht eingeschränkt. Die zuständigen Staatsorgane können und müssen sich daher in vollem Umfang am Grundgesetz orientieren. Im übrigen sind sie in ihrer Entscheidung frei."

*33Weiter heißt es:

*11In der Vergangenheit wurden entsprechende Entscheidungen in der Weise getroffen, daß im Haushaltsplan die den ~~Nato~~ Nato-Empfehlungen entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt wurden. In bezug auf Pershing II und Cruise Missiles liegt eine entsprechende Entscheidung noch nicht vor. Sollte sie

(Schilling)

2908

in nächster Zukunft getroffen werden, so wäre zu fragen, wie konkret die geplanten Maßnahmen umschrieben sind. Eine Pauschalgenehmigung, die nur die Zahl der Raketen und den Typ nennt, wäre nicht ausreichend."

*33Das muß man einmal dazusagen. Es wird dann eine Forderung an den Gesetzgeber gestellt. Ich zitiere weiter:

*11"Der Gesetzgeber ist vielmehr gezwungen, Sicherheitsvorkehrungen gegen Unfälle vorzusehen und andere wesentliche Fragen zu regeln. Von unserer Verfassung her gibt es keine Rechtfertigung dafür, die Sprengkopfsicherheit allein dem Sachverstand der Exekutive zu überlassen, während die Reaktorsicherheit"

*33- jetzt im Vergleich mit den Atomkraftwerken -

*11eine detaillierte Regelung erfahren muß. Offensichtlich bestehen derzeit auch amtlicherseits einige Bedenken."

*33Weiter geht es im Zitat:

*11Die Stationierung von Nuklearraketen und chemischen Kampfstoffen verstößt gegen Art. 2 Abs. 2 des Grundgesetzes, da die Betroffenen nicht einmal angehört werden. Dieser Verfassungsverstoß kommt zu den schon genannten Gesichtspunkten hinzu. Auch wenn die Souveränität der Bundesrepublik gewahrt wäre und der Gesetzgeber alle wesentlichen Fragen selbst

(Schilling)

2909

entschieden hätte, würde eine in der bisherigen Weise vorgenommene Stationierung Art. 2 Abs. 2 des Grundgesetzes verletzen. Eine verfassungskonforme Lösung wäre etwa dadurch erreichbar, daß die Mitwirkung deutscher Behörden im Rahmen des Zusatzabkommens zum Nato-Truppenstatut erst nach vorheriger Einschaltung der Bevölkerung erfolgt.¹¹

*33Es wird hier also erwogen, in diesem Rahmen eine Befragung der Bevölkerung vorzunehmen. Wie Sie gehört haben, ist es praktisch Voraussetzung, zumindest diejenigen, die betroffen sind - was natürlich schwer zu definieren ist -, zumindest diejenigen Leute, die in der Nähe wohnen, zu befragen, obwohl wir alle von dem Problem betroffen sind.

14.50

(Schilling)

3001

*33Noch zwei weitere Zitate:

*11Werden im Rahmen der Natostrategie der flexible response Massenvernichtungswaffen in der Bundesrepublik stationiert, so verstößt dies gegen das Verbot der bewußten Friedensstörung nach Art. 26 Abs. 1 GG. Derartige Maßnahmen sind auch nicht mit dem für alle Staatsorgane geltenden Verteidigungsauftrag zu vereinbaren.

*33Und weiter:

*11Die Völkerrechts- und Verfassungswidrigkeit der Stationierung von Massenvernichtungswaffen in der Bundesrepublik kann von einzelnen Staatsorganen und von jedem Bundesland vor dem Bundesverfassungsgericht geltend gemacht werden. Auch können zumindest diejenigen Bürger Verfassungsbeschwerde erheben, die in der Umgebung von Abschußrampen und Waffendepots wohnen. Nach Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges kann die Europäische Menschenrechtskommission angerufen werden.

14.50

(Schilling)

3002

*33Ich habe jetzt deswegen so umfangreich Däubler zitiert, weil ich meine, daß er schon zu den kompetenten Leuten gehört, die mit Sicherheit auch etwas von dem, was sie tun, verstehen und die mit Sicherheit auch berechtigt sind, hierzu entsprechende Aussagen zu machen. Sie sollen das, um was es hier geht, nicht den GRÜNEN glauben - damit haben Sie eh Schwierigkeiten -,

*11(Zuruf von der CDU: Däubler ist ein Roter!)

*33aber Sie sollen sich einfach einmal damit befassen und auch zur Kenntnis nehmen, daß es diese Möglichkeiten gibt.

*33Ich möchte dann noch etwas vorlesen, was Hessen betrifft.

*23Vizepräsident Stöckl:

*33Frau Abgeordnete, ich möchte Sie nur vorsorglich darauf hinweisen, daß Sie noch zwei Minuten Redezeit haben.

14,50

3003

*23Schilling (GRÜNE):

*33Ich will das in diesen zwei Minuten noch vorlesen.

*11(Ibel (CDU): Dabei hat sie zur Sache noch gar nichts gesagt!)

*33- Ich denke, die Zitate sprechen für sich und dürften Begründung genug dafür sein, warum wir diesen Antrag einbringen. Ich bin im übrigen gerade dabei zu begründen,

*11(Müller (CDU): Wann fangen Sie damit an? - Ibel (CDU): Fangen Sie endlich einmal damit an!)

*33warum es wichtig ist, daß sich Hessen ganz klar ^{gegen} ~~dafür~~ ausspricht.

*33Ich möchte jetzt noch einmal ein ^{exemplarisches} ~~Kampfbanner~~ Beispiel aus dem Jahre 1958 bringen, das Hessen betrifft - ich möchte das einfach einmal so vorlesen; ich finde, es ist eigentlich ganz toll, wenn man das hört und mit der jetzigen Situation vergleicht -:

14.50

(Schilling)

3004

*11 Im Zuge der politischen Auseinandersetzungen forderte die SPD die Durchführung

*33- 1958! -

*11 eine Volksbefragung über Atomwaffen. Sie brachte einen entsprechenden Antrag im Bundestag ein. Da der Antrag im Bundestag keine Aussicht auf Annahme hatte, wurden ähnliche Anträge in den Landtagen mehrerer Länder eingebracht. Während der Antrag im Hessischen Landtag bearbeitet wurde, beschlossen die Gemeinderäte einiger hessischer Gemeinden, darunter Frankfurt, Darmstadt, Kassel und Offenbach, selbst in ihren Gemeinden Volksbefragungen zur Atombewaffnung durchzuführen. Die Bundesregierung bat daraufhin den hessischen Innenminister, diese Beschlüsse aufzuheben. Als dieser sich weigerte, klagte die Bundesregierung beim Bundesverwaltungsgericht, nach ihrer Ansicht verletze das Land Hessen die ihm nach der bundesstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes obliegende Pflicht zur Bundestreue. Im Klartext heißt das, daß der Bund keine Kontrollmöglichkeiten gegenüber den Gemeinden hat. Das

(Schilling)

3005 Bundesland müßte selbst in Stellvertretung ihre Gemeinden zur Ordnung rufen. Die Hessische Landesregierung argumentierte dagegen, daß nur durch ein Gesetz oder Verwaltungsakt in die Bundeskompetenz eingegriffen werde, nicht aber durch eine politische Stellungnahme, die unter dem Schutz der Freiheit der Meinungsäußerung durch das Grundgesetz stehe. Das Bundesverfassungsgericht spricht den Gemeinderäten ~~nicht~~ das Recht zu, bei direkter Betroffenheit ihres Gebietes gegen Beschlüsse der Bundesregierung aktiv zu werden. Damit billigt es eine Kompetenzüberschreitung der kommunalen Organe in bestimmten Situationen. In vielen Gemeinden können örtliche Initiativen diesen Tatbestand als Druckmittel benutzen.

*33Es ist auch tatsächlich so, daß die Gemeinden das Recht haben, sich zu wehren. Das Land Hessen muß gegen diese Sachen angehen, und zwar deswegen - das als letzten Satz -, weil die Gemeinden potentiell immer betroffen sind, bedingt dadurch, daß die Untersätze zur Stationierung der Raketen fahrbar sind und deshalb keine Gemeinde jeweils weiß, wann sie betroffen sein wird. Bedingt durch die Geheimhaltung weiß eh kaum eine Gemeinde, wann sie betroffen sein wird. Das ist hierbei ein wichtiger Punkt. Und weil uns die Raketen generell alle ~~betreffen~~ betreffen, sind die Möglichkeiten rechtlicher Art auch geschaffen worden. Ich habe sie vorgetragen.

14.50

(Schilling)

3006

*33 Leider sind wohl auch Bestrebungen im Gange, in Hessen ebenfalls solche Raketen zu stationieren, um zum Beispiel die Vorwarnzeiten noch weiter zu verkürzen. Ich meine, all das ~~da~~ zusammen genommen - wir werden das nachher in der Debatte noch im einzelnen auseinanderfächern können - sollte für uns in Hessen wirklich Grund genug sein, ein ganz entschiedenes Nein zu dieser Raketenstationierung zu sagen.

*11 (Beifall bei den GRÜNEN)

DURCHGESEHEN: *Seli*

*23 Vizepräsident Stöckl:

*33 Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

16.00

3707

*23Schilling (GRÜNE):

DURCHGESEHEN:

Sili

*33Wenn schon in den Redebeiträgen von seiten der CDU und von seiten der SPD die Untersuchungen von Herrn Däubler abgelehnt worden sind - ich konnte vorhin auch keine Zwischenfrage an Herrn Börner stellen; vielleicht kann darauf noch jemand antworten -, hätte ich doch gerne von Ihnen gehört, was Sie zu den genannten Artikeln der hessischen Verfassung und des Grundgesetzes zu sagen haben; denn es ist ja wohl nicht zu bestreiten, daß darin etwas steht. Dazu hätte ich gerne einmal etwas gehört.

*33Das nächste; Vorhin ist so schön davon geredet worden, wie Europa in einem solchen Fall aussähe. Es ist ja ganz klar - das ist mittlerweile, glaube ich, auch unbestritten -, daß Europa in jedem Fall das Schlachtfeld sein wird und daß Hessen - damit sind wir wieder bei unserem Bundesland - praktisch der Kriegsschauplatz der ersten Stunde wäre,

16.10

(Schilling)

3801

denn durch das sogenannte Fuldaer Loch wird dieser Krieg wahrscheinlich beginnen.

*11(Zuruf Nolte (CDU) - Brockmann (CDU): Wer kommt denn von da? - Weitere Zurufe von der CDU)

*33Auch laut ~~strategie~~^{NATO-S}strategien wird vom sogenannten integrierten Schlachtfeld gesprochen, das bedeutet, daß gleichzeitig atomare, biologische und chemische Waffen eingesetzt werden. Man muß sich das einmal vorstellen. Das sprengt im Grunde den Vorstellungshorizont₂, den man hat. Verschiedene Hesse-Szenarios bezeugen das auch. Man kann das in der Literatur nachlesen. Das Fulda-Gap wird seit Jahren in der Fachliteratur erwähnt. Es gibt ein Fulda-Szenario, ein Hünfeld-Szenario, Schlitz und Hattenbach werden erwähnt.

*11(Rippert (CDU): Das machen Sie doch nur! Sie zeigen landauf, landab solche Filme!)

*33- Nein, ich habe gar keine Zeit, so etwas zu schreiben. Sie werden von Leuten aufgeführt, die doch wohl ernst zu nehmen sind, zum Beispiel in "GeiselaEuropa"; man kann das dort nachlesen. Ich gebe gern den Leuten, die sich dafür interessieren₂, die Literaturliste.

*11(Zuruf Nolte (CDU))

16.10

(Schilling)

3802

*33Ich möchte noch etwas zu dem Vorwurf sagen, wir hätten uns nur auf rechtliche Möglichkeiten eingelassen und die politischen nicht weiter beachtet. Für uns ist es selbstverständlich - deswegen haben wir es nicht weiter erwähnt, daß wir die politischen Möglichkeiten ausgeschöpft haben und weiterhin ausschöpfen werden. Aber wir fanden es wichtig, auf die rechtliche Seite einzugehen, weil das immer als Argument von den Leuten benutzt wird, die sagen: Es geht nicht bei den Gemeinden, da ist es rechtlich nicht möglich, es geht nicht bei den Ländern, und es geht nicht bei der Bundesrepublik.

*33Mit den Zitaten wollte ich belegen, daß das rein rechtlich möglich ist. Deswegen ist ein Übergewicht auf der rechtlichen Seite entstanden. Wenn nämlich die Stationierung erst einmal erfolgt sein wird, dann kann die Bundesrepublik nicht mehr ihre Souveränität ins Spiel bringen, dann hat nur noch der amerikanische Präsident das Sagen. Das sollte man wissen. Das ist, meine ich, ein Grund, alles dafür zu tun, daß diese Stationierung vorher gestoppt wird, daß nicht erst dann das große Geschrei anfängt. Ich möchte Sie sehen, CDU und SPD, was dann passiert, wenn die Stationierung erfolgt ist. Dann stehen wir da und haben überhaupt nichts mehr zu sagen. Jetzt ist die Zeit, daß wir etwas sagen können und daß wir wissen, daß auch etwas zu sagen haben. Ich möchte dazu gern ein paar

16.10

(Schilling)

3803

klare Anmerkungen von den beiden anderen Parteien hören.
Es interessiert mich wirklich, was Sie dazu zu sagen haben.
Vielleicht kann auch Herr Börner noch etwas dazu sagen.

*11(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf von der CDU: Eine
richtige Lehrerin - Zuruf Winterstein](SPD))

*33Ich möchte ein paar Zitate von Amerikanern bringen,
die wohl klar belegen, worum es geht. Haig bekräftigte
laut einem Zitat in der FAZ vom 12.1.1981, daß er einen
Atomkrieg als unvorstellbares Unglück ansehe, es jedoch
wichtigere Dinge gäbe, als in Frieden zu leben. Um die
amerikanische Strategie deutlich zu machen, lese ich
das vor.

*33Reagan sagte am 27.5.1981:

*11Ich habe von einem neuen Geist gesprochen, der in
unserem Land lebendig geworden ist, Die Ära der
Skrupel ist vorbei.

16.10

(Schilling)

3804

*33 Wenn das nicht deutlich ist, dann weiß ich nicht.

*11 (Zuruf von der CDU: Was sollen denn diese Satzketten?)

*33 Rostow sagt am 1.7.1981:

*11 Wir sollten uns entschließen, in unseren Rüstungsprogrammen fortzufahren, gleichgültig, ob die Nachrichten vom Verhandlungstisch günstig oder ungünstig sind.

*11 (Zuruf Meister (CDU))

*33 Reagan sagt am 21. 1.1981:

*11 Amerika muß diesen Krieg gewinnen, Deshalb werde ich ^aarbeiten, ^ssparen, Opfer bringen, ^dSchulden, freudig kämpfen und mein Bestes tun, als ob der Ausgang des ganzen Kampfes von mir allein abhinge. ^{*33} Wenn man das mit dem [✓]Vergleicht, was er tut, kann man sich das Entsprechende dazu denken.

*11 (Ibel (CDU): Haben die Russen auch etwas gesagt? - Nolte (CDU): Was sagen Sie zu Gaddafi?)

*

16.10

(Schilling)

3805

*33 Ich möchte jetzt noch etwas zu den verschiedenen Strategien sagen. "Wesentliches Element der ~~NATO~~-Strategie der flexiblen Reaktion ist aus unserer nationalen Sicht die Vorne-Verteidigung." Ich zitiere jetzt aus einem Briefwechsel der Friedensinitiative Osthessen mit dem Aufrüstungsministerium:

*11 (Zurufe von der CDU)

*11 "Dies setzt eine grenznahe Friedensstationierung voraus. Teile der amerikanischen Streikräfte sind jedoch 50 disloziert, daß sie dieser Forderung nicht Rechnung tragen."

*33 Oder sehen ^{Sie} sich den Sperr- und Verwehrungsplan an, der sagt, daß ganz im Sinne der Doktr^tin der verbrannten Erde, bei scheinbaren Rückzugsgefechten die völlige Zerstörung jedweder militärischer sowie ziviler Einrichtung vorgesehen ist. Die Flüsse sollen zum Beispiel mit Öl angereichert werden, so daß brennende Hindernisse vorhanden sind.

*11 (Z^urufe von der CDU)

16.10

(Schilling)

3806

*33Weiter: Es könnte beispielsweise Colonel Werner, der Pressesprecher des Army Training Command letzten Herbst in Fort Monroe, Virginia:

*11Wir müssen in der Lage sein, den Landkrieg in Europa zu gewinnen.

*33Ich betone: gewinnen. Er bezog sich dabei auf die neue Doktrin des Pentagon, die dem Master bzw. Master Restationing Plan in seiner aggressiven Struktur noch übertrifft. Sie heißt "Air-Land-Battle-Doktrin".

Dieser Colonel sagt weiter:

*11Die neue Doktrin der US Army mit dem Namen Air Land Battle sollte einen Sieg über die Sowjetunion, möglich machen. Hier wird völlig die Möglichkeit außer acht gelassen, Frieden ohne Waffen zu schaffen. Es wird immer klarer, daß die USA, die diese Doktrin als

*65 die 866 Entwicklung des Jahrhunderts auf militärischem Sektor ansehen, eine offensive Kriegsführung anstreben und sich auch offen dazu bekennen.

Man kann das nachlesen. Das ist keine Behauptung von mir, sondern das habe ich auch nachgewiesen.

*11(Greiff (CDU): Der Einmarsch in Afghanistan war wohl ein Osterspaziergang der Russen!)

16.10

(Schilling)

3807

*33- Ganz sicher nicht. Aber es sind andere Orte zu nennen, El Salvador usw., die auf weselicher Seite genau das gleiche besagen.

*11(Lebhafte Zurufe von der CDU)

*33Sie brauchen hier gar nicht immer nur den Osten anzuführen. Das betrifft den Westen ganz genauso. Ich bin nicht von dem begeistert, was im Osten passiert, und ich bin nicht von dem begeistert, was im Westen passiert.

*11(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

*33Sie spielen immer auf den Spruch an "lieber rot als tot". Vor die Wahl gestellt, kann ich nur sagen:
Lieber weder noch.

*11(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

*33Ich zitiere weiter aus einem Army-Handbuch:

*11Die Vernichtung des Feindes wird erreicht, in dem er durch einen machtvollen ersten Schlag aus einer unerwarteten Richtung aus dem Gleichgewicht geworfen wird und dann durch schnelles Nachfassen daran gehindert wird, sich wieder zu erholen.

DURCHGESEHEN: *Sch*

16.10

(Schilling)

3808

*11(Zuruf Fischer (CDU))

*23Vizepräsident Sturmowski:

*33Frau Abgeordnete, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich eine Aussprache eröffnet habe. Ich bitte Sie, Ihre Redezeit nicht mit Zitaten zu verbrauchen.

*23Schilling (GRÜNE):

DURCHGESEHEN: *Sili*

*33Ich denke, daß es zur Aussprache gehört, wenn man das, was man sagt, mit entsprechendem Nachdruck belegt. Denn ich bin der Meinung - das habe ich vorhin schon einmal gesagt -, daß Sie nicht unbedingt uns als GRÜNEN das abnehmen sollen, sondern Sie sollen wissen, daß die Ideen, die wir vertreten, auch aus Quellen kommen, die woanders herrühren, beziehungsweise, daß sich Leute sehr handfest damit beschäftigt haben. Denen können Sie nicht abstreiten, daß sie die Fachkompetenz haben.

*11(Zurufe von der CDU)

*23Vizepräsident Sturmowski:

*33Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist sofort beendet.

*23Schilling (GRÜNE):

(Schilling)

3809

*11"Kleine Einheiten können, wenn sie mit nuklearen und chemischen Waffen unterstützt werden, in einem rapide durchgeführten Angriff die gleichen Erfolge erzielen, wie größere Einheiten, die konventionelle Waffen einsetzen."

*33Ein letztes dazu. Ich weiß nicht, wie ich das deuten soll; ich habe von der CDU das Buch, das ich Herrn Milde vorhin in Vertretung für seine Fraktion gegeben habe, zurückbekommen.

*11(Zuruf Milde (CDU))

*33- Weil es angeblich nicht von einem Fachmann geschrieben sei. Ich möchte gern von der CDU wissen: Ist das die MEINUNG DER CDU insgesamt, oder kann man das Buch einem anderen aus der CDU geben?

*11(Zurufe von der CDU)

*33Dann ist Ihr Fraktionsvorsitzender offensichtlich nicht bereit, sich damit zu befassen, noch nicht einmal, es zur Kenntnis zu nehmen.

*11(Rösler (CDU): Fachleute sind mir lieber als Stammtischpolitiker)

*23Vizepräsident Sturmowski:

16.10

~~(Schilling)~~

3810

*33Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

*11(Schilling (GRÜNE): Ich bin auch am Ende! Ich hätte nur gern meine Frage von der CDU beantwortet! - Beifall bei den GRÜNEN)

*33Das Wort hat Herr Abg. Weimar.

DURCHGESEHEN: Sili